

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 16

Rubrik: Der Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

strie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.»

Die Demokratisierung ganz Deutschlands wird näher umschrieben: «Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften wird zugesichert.»

Das deutsche Wirtschaftsleben soll dezentralisiert werden, dabei «ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf zu legen. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen.»

Das Potsdamer Abkommen ist eine Vereinbarung, das die drei bzw. vier Regierungen untereinander bindet. Als solches bedurfte es keiner Ratifizierung durch die Parlamente der betreffenden Staaten.

Bereits während der Viermächte-Aussenministerkonferenz in Berlin (25. Januar bis 18. Februar 1954) hatte der sowjetische Aussenminister Molotow bemerkt: «Wir erkennen an, dass viele Punkte des Potsdamer Abkommens bereits überholt sind.» Gleichzeitig hatte er jedoch versichert: «Nichtsdestoweniger bleibt der Hauptsinn dieses Abkommens vollkommen in Kraft. Der Sinn dieses Abkommens besteht darin, dass Frankreich, die UdSSR, Grossbritannien und die USA bei der Lösung des Deutschlandsproblems zusammen vorgehen und dass unsere Länder eine gemeinsame Sprache mit dem deutschen Volke finden, und zwar mit seinen demokratischen Kräften, um einen neuen Krieg in Europa nicht zuzulassen.»

Die Sowjetunion vertritt, wie Ministerpräsident Chruschtschow in seiner Rede vom 10. November 1958 betonte, die Ansicht, die Unterzeichner des Potsdamer Abkommens hätten klar umrissene Verpflichtungen übernommen, nämlich «den deutschen Militarismus auszurotten, für immer seine Wiedergeburt unmöglich zu machen und alle Massnahmen zu ergreifen, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn bedrohen oder den Frieden in aller Welt gefährden» könne. Einen wichtigen Bestandteil des Abkommens stelle die Verpflichtung dar, die Gewaltherrschaft der Kartelle, Syndikate und anderer Monopolesellschaften in der deutschen Wirtschaft zu beseitigen. Chruschtschow stellte nach einer Betrachtung über die Entwicklung vom Ende der Konferenz bis zur Gegenwart die Frage: «Was ist denn nun nach all dem vom Potsdamer Abkommen übrig geblieben? Niemand kann bestreiten, dass die Sowjetunion ihrerseits dieses Abkommen einwandfrei eingehalten hat und dass es im östlichen Teil Deutschlands, in der DDR, voll und ganz verwirklicht wurde.» Gleichzeitig beschuldigte er die USA, Grossbritannien und Frankreich, im westlichen Teil Deutschlands eine den Beschlüssen von Potsdam widersprechende Entwicklung eingeleitet und begünstigt zu haben. Der Ost-West-Gegensatz wird hier dadurch u. a. zum Problem der Auslegung und Anwendung der Potsdamer Beschlüsse.

In seinen Memoiren über den Zweiten Weltkrieg schrieb Churchill über Potsdam: «Ich übernehme für die in Potsdam gefassten Beschlüsse keine Verantwortung über das hinaus, was hier geschildert ist. Ich liess ganz einfach die Differenzen, die weder von uns am runden Tisch noch von unseren Aussenministern in den täglichen Sitzungen bereinigt werden konnten, anstehen.» Premierminister Attlee betonte in seinen Erinnerungen: «Nach Potsdam konnte man nicht mehr viel Hoffnung hegen.»

In der durch ihre Note vom 10. März 1952 ausgelösten internationalen Diskussion über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vertrat die UdSSR die Meinung, eine gesamtdeutsche Regierung dürfe Beschlüsse nur im Rahmen der Potsdamer Abkommen halten. Demgegenüber stellten die Westmächte am 10. Juli 1952 fest, dieses Verlangen würde

die «Wiederherstellung des Viermächte-Kontrollsystems bedeuten, das ursprünglich nur für die anfängliche Kontrollperiode gedacht war. Eine deutsche Regierung, die einer solchen Kontrolle unterworfen wäre, würde praktisch in ihren Beziehungen nicht frei sein. Sie wäre auch nicht in der Lage, gemeinsam mit den vier Regierungen frei an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teilzunehmen.»

Aussenminister Dulles beantwortete die Forderung Molotows auf der Aussenministerkonferenz von Berlin, nach den Grundsätzen der Konferenzen von Jalta und Potsdam mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschliessen, mit den folgenden Gedanken: «Damals glaubten wir, dass man, um den Geist des Bösen aus den Deutschen auszutreiben, Deutschland besetzen und entmilitarisieren und ihm erniedrigende Diskriminierungen auferlegen müsse, damit es auf immer ein Aussenseiter unter den Nationen bleibe, sichtbar mit den Kainszeichen versehen. Beschränkungen, wie sie in den russischen Vorschlägen von gestern enthalten sind, stacheln ein Volk mit Kraft und Mut nur an zu dem Versuch, die auferlegten Fesseln zu sprengen und dadurch seine souveräne Gleichheit zu demonstrieren. Verbote regen also gerade an, das zu tun, was verboten ist.»

Der geplante Friedensvertrag über das Schicksal Deutschlands kam wegen gegenseitigen Misstrauens und gegenseitiger Abneigung zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion bisher nicht zustande.

SOI

Der Buchtip

Eleanor Lansing Dulles: «Berlin und die Amerikaner». Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1967, 295 Seiten. Englischer Originaltitel: «The Wall is not Forever».

Die Autorin des Werkes, Frau Eleanor Lansing Dulles, die Schwester der beiden amerikanischen Politiker John Foster und Allen Dulles, verweilte lange Jahre in Berlin, als höhere Beamtin des State Department in Washington. Sie war auf ihrem Posten eine scharfe Beobachterin der Ereignisse und wurde zu einer ausgezeichneten Kennerin der verschiedenen Aspekte des Berlinproblems und der damit verbundenen Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Ihr vor kurzem auch in deutscher Sprache veröffentlichtes Werk ist eine sachliche und alle Einzelheiten umfassende Schilderung jener «Berlinfrage», die von der UdSSR wiederholt zur Unruhestiftung missbraucht wurde. Besonders interessant sind die Teile über die Vorgeschichte des ganzen Fragenkomplexes, wobei auch die Rolle von Präsident Roosevelt und seiner Berater, die Geschichte des berüchtigten Morgenthau-Planes, die Doppelspurigkeit der sowjetischen Unterhändler während den Verhandlungen mit ihren Verbündeten usw. zur Sprache kommen.

Auch das vieldiskutierte Verhalten der Alliierten während der Errichtung der Berliner Mauer wird eingehend erörtert. Nach gründlicher Prüfung des Ablaufes der damit verbundenen Ereignisse kommt Frau Dulles zum folgenden Schluss: «Nur ein zuverlässiger Bericht des Geheimdienstes, der rasch übermittelt und genau ausgewertet die vollständige Schliessung vorausgesagt hätte, wäre geeignet gewesen, die Alliierten rechtzeitig zu einem überzeugenden und gemeinsamen Handeln zu veranlassen. Ein derartiger Bericht lag jedoch selbst zur Zeit des Geschehens nicht vor... Der eigentliche Inhalt der Chruschtschow-Ulbricht-

Der Kommentar

Präsident de Gaulle ist napoleonischer Epigon und denkt anderthalb Jahrhunderte nach dem ersten Kaiser in dessen Kategorien. Daher überschätzt er auf geradezu tragische Weise sowohl Macht und Mittel Frankreichs als auch Bedeutung und Möglichkeiten des französischen Nationalismus.

«Mais ils ne sont pas tous des juifs.» Damit soll er mit Verwunderung die Kritik seines Volkes an der antiisraelischen Politik seiner Regierung quittiert haben. «Mais ils sont pourtant des Français.» Damit mochte er die Ablehnung seiner Quebec-Eskapade beantwortet haben.

Nähme Frankreich die Stelle der Grande Nation ein wie zu Zeiten Bonapartes und wären die Franzosen noch ansprechbar auf chauvinistische Symbole: de Gaulles Strategie würde sicherlich geniale Aspekte beinhalten.

Wenn aber Schlüsse aus falschen Voraussetzungen gezogen werden, bleiben die Folgerungen falsch, und mögen sie noch so logisch sein.

De Gaulle ist das grösste Hindernis in der Verwirklichung der europäischen Einheit und der atlantischen Gemeinschaft. Die erstere sollte unter Frankreichs Führung entstehen, weil de Gaulle an die Vormacht seines Landes glaubt. Die zweite durfte nicht verwirklicht werden, weil de Gaulle den Angelsachsen krankhaft misstraut. Wenn nun Nordamerika sich von Europa abwendete, wäre das keine Bestätigung für die Richtigkeit der Prognosen de Gaulles, sondern bloss Folge seiner destruktiven Politik. Es ist eines, zu behaupten, der Krug werde überlaufen, und ein anderes, den Krug selber zu füllen, bis er überläuft.

De Gaulle ist längst kein französisches Problem mehr. Negativ bestimmt er die Zukunft Europas. Daher hat jeder Europäer das Recht, ihn zu kritisieren, vorläufig ohne Frankreich nahezutreten.

P. S.

Konferenz in Moskau wurde nicht bekannt, der Plan zum Bau der Mauer blieb ein gutgehütetes Geheimnis.»

Was das «Nichteingreifen der Amerikaner beim Bau der Mauer» betrifft, so ist es nach Auffassung der Verfasserin auch heute noch eine offene Frage, ob es zu einem Weltkrieg gekommen wäre oder nicht. «Es steht jedoch fest», fügt sie abschliessend hinzu, «dass eine Politik, die rasch und positiv auf alle Angriffe gegen unsere Rechte reagiert, wahrscheinlicher und unter geringeren Kosten zur Behauptung unserer Positionen und unserer Ziele führt als zögernde Untätigkeit, die Grund zu Zweifeln an unserer Festigkeit gibt. Zwar hat unser Verhalten während der kubanischen Raketenkrise das Vertrauen der Berliner in unsere Haltung teilweise wiederhergestellt, aber die Kubakrise wäre vielleicht niemals entstanden, wenn die Sowjets in Berlin 1961 mit einer festen und entschlossenen Haltung oder mit Gegenmassnahmen konfrontiert worden wären.»

E. Sch